

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich, jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 7

Sonntag, den 13. Februar

1916

## „Unangemessene Lohnforderungen“

Vielfach haben wir vor hohen Lohnforderungen der Arbeiter während der Kriegszeit reden hören. Aber noch jedesmal, wenn man der Sache auf den Grund nachging, stellte sich das Gerüchte als unbegründet heraus. Das konnte auch gar nicht anders sein, wenigstens Lohn-erhöhungen eingetretten sind. Nicht allein, daß z. B. aus den erhöhten Warenpreisen in der Kriegsindustrie die Verpflichtung hervorging, den Arbeitern einen Teil des höheren Ertrags zugänglich zu machen, es liegt auch die Notwendigkeit vor, die Arbeiter bei den unerhörten Teuerungspreisen für Lebensmittel direkt vor Hunger zu schützen. Sollen sie arbeiten — und während des Krieges ist für bestimmte Industrien der Arbeitszwang staatlich durchgeführt — dann muß vor allem für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft gesorgt, also ihre Kaufkraft so gestärkt werden, daß sie nicht der Erkrankung und Entkräftung durch Unterernährung ausgesetzt sind.

Wo aber wirklich die Arbeitslöhne erhöht sind, entspricht die Erhöhung in fast allen Fällen nicht der Erhöhung der Preise für Lebensmittel, so daß also tatsächlich gegen früher ein Mangel in der Ernährung eingetreten ist. Hätten die Arbeiter Lohnforderungen in der Höhe gestellt, daß ein Ausgleich gegenüber der Teuerung vorgenommen werden konnte, dann hätten wir das Geschrei über „unangemessene Lohnforderungen“ wohl noch ganz anders zu hören bekommen. So lange jedoch die große Differenz zwischen Lohnerhöhung und Preiserhöhung bleibt, ist das Gerüchte völlig unbegründet.

Erstmalig ist es, wenn eine Behörde die Behauptung aufstellt, daß schon längst unangemessene Lohnforderungen noch weitere Erigerung erfahren dürften, wie es in einer Entscheidung der Preisregierung von Schwaben auf eine Beschwerde der Augsburgener Hausbesitzer geschah, die sich der Kartellisation während des Krieges widersetzen wegen Verschwendung öffentlicher Mittel zu sozialen und hygienischen Zwecken. Zwar lehnte die Preisregierung die Beschwerde ab, in der Entscheidung findet sich jedoch folgender Satz:

„Die zur Behebung der vermeintlich bestehenden Arbeitsnot im Baugewerbe zahlreich in Angriff genommenen Arbeiten, für deren Vollenendung die Unternehmer häufig noch Termine gesetzt werden, lassen den Arbeitermangel immer noch fühlbarer werden und die schon längst unangemessenen Lohnforderungen selbst ungelerner Arbeiter noch weiter steigern.“

Diese Behauptung ist um so grundloser, als die Bauarbeiter Augsturgs seit Jahren in einem Tarifverhältnis mit den Unternehmern stehen und während des Krieges weder eine Lohnerhöhung gefordert noch erhalten haben. Gründlicher kann also die Behauptung der Preisregierung über unangemessene Lohnforderungen nicht abgeführt werden. Man sieht daran, mit welcher Leichtigkeit den Arbeitern übertriebene Ansprüche vorgeworfen oder nachgesagt werden. Und so ist es im allgemeinen. Wir wollen das an einer andern Sache nachweisen.

Bekanntlich sind die hohen Preise für Lebensmittel resp. landwirtschaftliche Produkte mit den angeblich höheren Löhnen für Landarbeiter begründet worden. Wie sieht es nun damit?

Im Reichstag wurde am 11. Januar d. J. über die Regelung der Ernährungsfrage gesprochen. Dabei unterzog der sozialdemokratische Abgeordnete, Gen. Robert Schmidt die Behauptung von den höheren Landarbeiterlöhnen einer Nachprüfung. Er führte dazu aus:

„Es ist sehr wichtig, einmal nachzuprüfen, inwieweit die Behauptung des Bundes der Landwirte und der Deutschen Tageszeitung zutrifft, daß die Löhne der Landarbeiter in erheblichem Maße gestiegen seien, daß sie als höhere Aufwendung für die landwirtschaftliche Produktion wirklich ins Gewicht fallen. Dem Bunde der Landwirte wäre es ein Leichtes gewesen, die betreffenden Erhebungen anzustellen und uns das Material zugänglich zu machen. Er hat das nicht getan. So haben wir diese Nachfrage veranlaßt; und was ergibt sie? Für eine Reihe von Gütern der Provinz Brandenburg haben wir festgestellt, daß für die Arbeiter noch derselbe Zustand herrscht, wie vor dem Kriege, ohne irgendwelche erhebliche Minderungen der Lohnverhältnisse. Auf einigen Gütern sind täglich 20-3 Lohnzulagen gewährt worden. Wir sind weitergegangen und haben festgestellt, daß in der Provinz Sachsen bei 13 großen Gütern in 13 kleine Zulagen gewährt wurden, in Schleswig-Volstein bei 30 Gütern in 10 Zulagen, in Pommern sind auf zwei großen sogar Abzüge konstatiert; in Braunschweig kamen auf 8 Gütern 2, die Zulagen aufwiegen; in Schlesien waren von 9 Gütern 2, die geringe Zulagen gewährten; im Königreich Sachsen waren bei vier Gütern 3 mit Zulagen, in Thüringen bei neun Gütern 4 mit kleinen, unbedeutenden Zulagen. Ja, die Naturalleistungen, die infolge unserer Organisation der Getreideversorgung abgelöst werden mußten, sind auf den großen

Gütern vielfach zu einem geringeren Betrage abgelöst worden, als diese Naturalleistungen gegenwärtig Wert haben.“

Also auch in diesem Falle erweisen sich die Behauptungen, daß höhere Löhne höhere Preise bedingen, als völlig unrichtig. Und bedenkt man, daß gerade die Preissteigerung aller Lebensmittel die Ursache zur Preissteigerung für alle Waren, also zur allgemeinen Teuerung war, so ist es ganz vergeblich, die Schuld für die Teuerung auf die hohen Arbeitslöhne zu wälzen. Sie bleibt an all denen haften, die direkt oder indirekt die Preissteigerungen vornahmen und förderten.

Noch eins. Unangemessene Lohnforderungen hätten sich die Unternehmer so leicht nicht abringen lassen. Sicherlich wäre es zu harten Kämpfen deshalb gekommen. Wo aber haben solche Kämpfe stattgefunden? Es ist jüngst festgestellt worden, daß während des Krieges z. B. in Großbritannien zahlreiche, schwere und große Kämpfe für die Verbesserung ihrer Lage von den dortigen Arbeitern geführt worden sind. Aber in Deutschland war es während dieser Zeit auffällig ruhig; die Zahl der Lohnkämpfe ist hier stark zurückgegangen. Auch das ist ein Beweis gegen die Behauptung von „unangemessenen Lohnforderungen“.

Wenn jetzt wirklich die Arbeiter einzelner Industrien und Gewerbe um Erhöhung der Löhne in Bewegung geraten sind, so ist das nur zu erklärlich. Die Erhöhung der Preise für alle Waren ist vorangegangen. Die Arbeiter können von ihren geringen Löhnen diese Preise nicht zahlen, ohne große, geradezu gesundheitsgefährliche Einschränkungen ihrer Bedürfnisse. Sie müssen für die Erhöhung ihres Einkommens besorgt sein und kämpfen. Aber sie kommen mit ihren Forderungen post festum, d. h. hinterher und eigentlich zu spät, denn es war nicht unangemessen, auf die Erhöhung der Preise sofort mit der Forderung auf höhere Löhne hervorzutreten. Nun sind sie gezwungen, das nachzuholen.

Noch einmal: Unangemessen ist das nicht!

## Ein Dämpfer.

Es wird immer behauptet, die Höchstpreise für Lebensmittel seien nötig, um dem Wucher entgegenzutreten und der Landwirtschaft angemessene Erträge zu sichern. Daß das erstere nicht erreicht wird, steht längst fest. Der Wucher wuchert fort, ja, die Höchstpreise, die weit über die üblichen Preise der Waren hinausgehen, werden sogar zur Viehtierfütterung des Wuchers mißbraucht.

Daß aber Höchstpreise, die in ihrer Höhe die Teuerung stabilisierten, zur Sicherung angemessener Erträge für die Lebensmittelproduzenten nicht nötig waren, sehen nicht nur die Kriegsgewinne der Agrarier, sondern ist rechnungsmäßig für jeden verständigen Menschen klar. Es gibt jetzt eine Korrespondenz für Ernährungsfragen, die von der Reichsregierung finanziell erhalten wird, die eigentlich nichts anderes tut, als die Maßnahmen der Regierung zur Volksernährung während des Krieges zu rechtfertigen. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn die Regierung für ihre Handlungen Bezeugung erteilen will. Nur meinen wir, das könnte auch ohne dienstbesessene Schreiber amtlich und offen geschehen, denn die Verantwortung für ihre Handlungen muß sie doch tragen. Auch schade die unerquickliche Annahme aus, daß die Regierung das offiziöse Papier auf Drängen der Agrarier geschaffen habe, die eine „Belehrung“ des Volkes durch die Regierung darüber verlangten, daß die hohen Lebensmittelpreise notwendig seien.

Trotz dieser „Belehrung“ wird aus Volkstreffen und in einem großen Teil der Presse der Kampf gegen die Höchstpreise weitergeführt, die befehlenden Argumente sind eben nicht durchschlagend. Jetzt ist aber der Höchstpreispolitik ein besonderer Dämpfer aufgesetzt worden von niemand Geringerem, als der badischen Regierung.

Im badischen Landtag teilte der Minister des Innern bei der Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges mit, daß die badische Regierung im Bundesrat gegen die Erhöhung der Höchstpreise für Brotgetreide, sowie für Hafer und Gerste gestimmt habe. Auch gegen die Erhöhung der Kartellpreise werde die badische Regierung stimmen. Außerdem will sie eine Lebensmittelmittellzentrale mit parlamentarischem Beirat bilden, ähnlich wie sie das Reich geschaffen hat.

Diese Opposition gegen die hohen Höchstpreise ist nicht zu unterschätzen. Jedenfalls ist die badische Regierung der Meinung, daß die hohen Höchstpreise zur Sicherung angemessener Erträge für die Landwirtschaft nicht nötig seien, die ohnedies für ihre Produkte seit Jahren unter dem Einfluß der Zölle erhebliche Gewinne erzielt hat. Fällt aber dieser Grund hinweg, dann haben Höchstpreise von der Höhe, wie sie heute das Brot und alle Lebensmittel verteuern, keinerlei Berechtigung mehr.

Die badische Regierung hat sicher genügend Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse, die in Baden nicht günstiger als in anderen deutschen Bundesstaaten liegen, um ihre Haltung gegenüber den Höchstpreisen rechtfertigen zu können. Ja, sie kann getrost annehmen, daß sie hinter sich die öffentliche Meinung habe, während gegen die Höchstpreispolitik der Reichsregierung alle wirtschaftlichen Kreise — ausgenommen natürlich die agrarischen — in scharfer Opposition stehen. Daß diese Opposition sich jetzt auch auf die Haltung einer deutschen Regierung beziehen kann, ist nicht ohne besonderen Wert. Und die Reichsregierung wird wohl selbst die Opposition der badischen Regierung sehr unangenehm empfinden.

## Wirtschaftskrieg?

Wie die Lage der Arbeiter sich nach dem Kriege gestaltet, das hängt nicht zum wenigsten davon ab, wie sich der wirtschaftliche Austausch und Verkehr zwischen den kriegführenden Staaten wieder einrichten wird. Blühender Handel und Verkehr zwischen allen Nationen ist noch stets als die beste Grundlage des Wohlbefindens aller Völker gebrechen worden. Darum sollte alles darauf abzielen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern, die durch den Krieg gewaltsam gestört oder ganz abgebrochen sind, so gut wie möglich wieder herzustellen.

Es steht bis jetzt jedoch nicht so aus, als ob auf beiden Seiten der kriegführenden Vorbereitungen zu diesem Zweck getroffen würden, obgleich die wirtschaftlichen Kreise über wie drüben einen baldigen Abschluß der Feindseligkeiten erhoffen. Vielmehr ist kapitalistischer Egoismus am Werke, dem wirklichen Krieg noch einen Wirtschaftskrieg folgen zu lassen. Das wäre das Verwerflichste, was die schaffenden Massen in beiden Lagern, besonders die Arbeiter noch treffen könnte.

Alles hofft auf Frieden, nicht nur um der Beendigung der Menschen- und Kulturvernichtung willen, man wartet nun auch sehnsüchtig darauf, in friedlicher, lohnender Arbeit unter normalen Umständen sich erholen und neue Kräfte sammeln zu können. Alle Vorbereitungen für die Wiederaufknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen müßten auf dieses Ziel gerichtet sein.

Was sehen wir dagegen für Bestrebungen? Seit zirka einem Jahre sind in Deutschland und Oesterreich-Ungarn Kräfte am Werke, ein Wirtschaftsbündnis zu schaffen zwischen diesen Staaten, das eine gewisse Abschließung von den miteinander verbündeten Staaten Rußland, England, Frankreich, Italien bezweckt.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Bestrebungen in den genannten Staaten nicht ohne Gegenmaßnahmen bleiben, die eben die Wiedernäherung zwischen den sich gegenüberstehenden erschweren. Sollen da die Arbeiter aller Staaten ruhig zusehen, wie durch derartige Gegenzüge ihre Lage in der Zukunft ungünstiger gestaltet wird? Wo sie nur die Möglichkeit haben, vor dieser Gefahr zu warnen, oder besser, ihr mit ihrem Einfluß von vornherein entgegenzutreten, müssen sie das tun.

In Deutschland sucht die sozialdemokratische Mehrheit Klarheit über das beabsichtigte deutsch-oesterreichische Wirtschaftsbündnis zu verbreiten und wird, je klarer die Ziele für dieses Bündnis hervortreten, die öffentliche Meinung gegen ein schädliches, sich vom Weltverkehr durch abschließende Maßnahmen etwa bemerkbar machendes Vorgehen aufrufen. Denn es handelt sich dabei um die Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes, die durch jede Hemmung im wirtschaftlichen Austausch gefährdet wird.

Die Tendenzen, die bis jetzt für dieses Bündnis sich öffentlich zeigen, haben wir bereits in einer Reihe von Artikeln beleuchtet. Dabei mußten wir eben feststellen, daß eine abschließende Wirtschaftsgrenze gegen die jetzt noch feindlichen Staaten auch den Zweck verfolgt, die hohen Warenpreise im Innern der eigenen Reiche zu erhalten. Das ist eine dauernde, übermäßige Belastung des eigenen Volkes, die durch einen etwaigen Wirtschaftskrieg zwischen den hiesigen und drüben Verbündeten noch gesteigert würde.

In Frankreich und England wird bereits die Idee eines „Gegenbundes“ gegen den „Wirtschaftsbund der Centralmächte“ erörtert und verlangt, daß bei Abschluß eines Friedensvertrages darauf Rücksicht genommen werden müsse. In der Tat werden bei Friedensverhandlungen, wie das immer geschah, die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragschließenden einen wichtigen Gegenstand bilden, vielleicht den wichtigsten. Da müssen nun alle wirtschaftlich Beteiligten ihre Stimme erheben, um Schädliches zu verhindern. Auch die Arbeiter müssen ihre Interessen dabei zur Geltung zu bringen suchen.

Vor allem gilt für sie, daß ihre Lage durch Zollabschließungen oder sonstige, den wirtschaftlichen Verkehr zwischen allen Staaten hindernde oder erschwernende Maßnahmen unterbleiben. Das muß Grundbedingung

für sie sein, denn die Prosperität deutscher Produktion hängt ab von größter Freiheit des Wirtschaftsverkehrs im Auslande unter den Völkern. Ebenso müssen sie sich gegen die künstliche Verteuerung der Waren durch Zölle, Einfuhrverbote usw. usw. wehren. Darum müssen sie genau verfolgen, welche Bedingungen und Bestimmungen die Kreise stellen, die den Abschluß des deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnisses betreiben. Wir werden nicht versagen, auf jede Phase der Unterhandlungen aufmerksam zu machen. Vorrück ist hier sehr geboten.

In Paris soll demnächst eine „Handelskonferenz“ ähnlich wie die der deutschen Wirtschaftsbündler in Wien, zusammentreten, die sich mit Maßnahmen beschäftigen soll, wie der Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte zu führen sei. Folgende Fragen sollen dabei aufgeworfen werden:

1. Vorherige Verständigung der Interessierten über jede gefestigte Maßnahme, die die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden herbeizuführen bestimmt ist. Durchführung der Verträge, Beseitigung der Anfechtungen, Enteignung fremden Eigentums, Patente;
  2. Schutzmaßnahmen gegen das Eindringen deutscher Erzeugnisse beim Übergang vom Kriegs- in den Friedenszustand; Entschädigung für alle Kriegsschäden.
- Andere Fragen knüpfen an die Probleme wirtschaftlicher, strafrechtlicher und rechtlicher Organisation an: Herabsetzung der Postgebühren, Erleichterung der Fracht- und Transporttarife zugunsten der Exporteure, Errichtung eines internationalen Patentamts, das dem deutschen Patentamt entgegengesetzt würde, Errichtung einer internationalen Ausgleichsbank zur Verringerung des Barumlaufs, zur Erhöhung der Sicherheit bei Wertübermittlungen, zur Beseitigung des Risikos und zum Vergleich des Wechselkurses.
- Weiter ist die Rede von der Einführung eines Mindesttarifes, der auf die Kolonien anwendbar wäre, und von einem auf Gegenseitigkeit beruhenden System der Handelsbeziehungen zwischen den Verbündeten, auf ähnlicher Grundlage wie die Vorkriegszölle, die die selbständigen Kolonien dem englischen Mutterlande gemähren.

Das sind Vorbereitungen zum Wirtschaftskrieg. Hoffentlich bewährt sich bei diesen Vorbereitungen auf beiden Seiten das Wort: „Es wird nichts so herb gezeigert, wie es gelocht wird.“ Aber es ist nötig, den Vorbereitungen kritisch zu folgen, um möglicherweise Schlimmes zu verhindern.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

- Atona.** Die Firma L. Abolin erhöhte alle Sorten um 1  $\mathcal{M}$  pro Mille.
- Binnberg (Hofheim).** Die Firma Adolf Sielmann erhöhte die Teuerungszulage von 5 Prozent auf 10 Prozent.
- Kelligen.** Die Firmen Simon Bein u. Söhne und H. Fröger erhöhten die Teuerungszulagen von 5 Prozent auf 10 Prozent.
- Grovesmühlen (Meddenburg).** Die Firma Aug. Janke erhöhte alle Sorten um 1  $\mathcal{M}$  pro Mille; der Mindestlohn beträgt jetzt 12  $\mathcal{M}$  pro Mille bei freier Zurechtung.
- Boitzenburg (Meddenburg).** Die Firma L. Solowjki erhöhte alle Sorten um 50  $\mathcal{S}$  pro Mille.
- Painst.** Die Firma Wilh. Köder gewährte eine fünfprozentige Lohnerhöhung.
- Halle a. d. S.** Die Firma Barthel u. Maeter gewährte eine achtprozentige Lohnerhöhung und für Überstunden und Sonntagarbeit einen zehnprozentigen Lohnzuschlag.
- Altendurg.** Die Firma E. Hülsemann erhöhte die Kriegszulage auf 8 Prozent und die Firma G. Schmidt, die zunächst für Mehrleistung gewisse Prämien gewährte, auf 10 Prozent, mit Ausnahme der Zigarettenhersteller, die nur 9 Prozent erhalten. Die Firma Unger gewährte für Überstunden einen 50prozentigen Lohnzuschlag.
- Schwahn (S.-A.).** Die Firmen Albin Erler, Gebr. Frische, Rich. Miller, Bruno Schöne, Rob. Sachse jun., Bernh. Schönfeld, Emil Seyfarth und Ernst Walter erhöhten die Kriegszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.
- Bischofswerda.** Die Firma Ernst Lange Söhne veranlaßte noch im vorigen Jahre die gewährte zehnprozentige Teuerungszulage in eine 10- bis 12 1/2prozentige Lohnzulage, so daß nunmehr der Minimallohn 9,50  $\mathcal{M}$  pro Mille beträgt.
- Johanngeorgenstadt.** Die Firma H. G. Böhm erhöhte die gewährte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

### Zu den Steuerplänen.

Was wird aus der deutschen Tabakindustrie? Diese Frage ist gegenwärtig wohl in aller Munde. Der Berufsangehörigen hat sich zum großen Teil eine tiefe Niederdepression bemächtigt. Welche Kreise legen sich bereits die Frage vor: „Ja, hat denn noch die freie Produktion überhaupt noch einen Zweck? Vor allem sind es die kleineren und mittleren Betriebe aller Branchen, die sich im Hinblick darauf, was da kommen wird, schwer bedrückt fühlen. Und das mit Recht. Da ist es begreiflich, daß man zu dem Verlangen kommt, lieber gleich reinen Tisch zu machen und das Tabakmonopol einzuführen. Wir wissen, daß heute auch bereits viele Tabakarbeiter so denken. Zweifellos wird und muß einmal der Moment kommen, wo die große Mehrheit kein Interesse mehr an einer freien Produktion hat, denn wenn nur noch einige Großbetriebe existenzfähig sind, werden die Dinge ohnehin auf die Spitze getrieben.

In bezug auf die Zigarettenindustrie schreibt ein Fabrikant denn auch in der „Tabakwelt“:

„Eben, wenn man heute bedenkt, wenn von irgend einer Seite die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtern werden, gleichviel ob solche Änderungen auf bewußter Intervention oder nur auf Unkenntnis der Lage, besonders der kleineren und mittleren Industrie, beruhen mögen. So ist es offenbar eine solche Verschlechterung, wenn jetzt schon so bedauerlich ist, daß unter den derzeitigen Verhältnissen des Zigarettenverkehrs sich neue Steuerentwürfe lediglich bezwecken, das bereits zum Verschwinden bringende, die schon heute als schwach und kaum lebensfähig zu bezeichnen seien. Entweder wird die Produktion gegen

keineres Wissen in ganz bewußter Tendenz aufgestellt, oder aber der Erzeuger hat von der wirklichen Lage der kleineren und mittleren Industrie nicht die geringste Kenntnis. Ich selbst gehöre keineswegs zu den kleinen Fabrikanten, sondern mein Betrieb, den ich durch eigene Arbeit emporgeschoben habe, wird bereits als einer der beachtlichen der Branche angesehen. Und doch bin ich der festen Überzeugung, daß ich ihn unter einer neuen größeren Steueranfrage nicht werde erhalten können. Ich bin der Überzeugung, daß sich dann in dem Streben, die früheren Kleinveräußerungspreise zu erhalten, Verhältnisse herausbilden werden, unter denen eben nur noch die ganz großen Betriebe eine leibliche Rente abwerfen können, unter denen die große Masse der mittleren oder gar der kleineren Betriebe aber zugrunde gehen muß. Ich sehe nicht entfernt, wie ich unter diesen Verhältnissen mein in meinem Betrieb liegendes Kapital retten kann, und dieser gleichen Auffassung sind die Anhänger aller mittleren Fabriken, die ich bis jetzt getroffen habe. Doch ich die Zukunft nicht zu schwarz sehe, zeigt übrigens auch die gesamte kleinere und mittlere Industrie, in der ich keine einzige Firma kenne, die sich nicht vollkommen klar wäre, was eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Zigarettensteuer für sie bedeuten würde.

So ist es denn auch recht, recht unglücklich, wenn man in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken sucht, als neige die Mehrheit der Zigarettenindustrie deshalb dem Monopol zu, weil sie sich von dessen Einführung besonders große Hoffnungen gewinnen verspricht. Zur Ehre derer, die solche Behauptungen ausbringen, will ich annehmen, daß sie dabei nicht gegen besseres Wissen handeln. Aber auch Annahmen und Vermutungen sollte man nicht in solcher Form verbreiten, denn auch damit begeht man ein Unrecht gegen diejenigen, denen man umwahrte Motive unterstellt.

Meines Wissens ist zu der Monopolstellung überhaupt noch keine Stellung genommen worden. Sicher ist aber jedenfalls, daß die gesamte kleinere und mittlere Industrie, vor die Wahl „doppelte Steuerbelastung oder Monopol“ gestellt, bedingungslos das letztere wählen würde. Gewiß nicht auf Hoffnung auf Gewinn und gewiß nicht letzten Herzens! Denn genau ebenso wie dem Großfabrikanten ist auch dem kleineren sein Lebenswerk ans Herz gewachsen. Das gibt niemand leicht freiwillig auf, um auf Ungewisse wieder von vorne zu beginnen und sich in einem fremden Beruf eine neue Existenz zu suchen. Wenn der größte Teil eines Berufsweigs sich dazu entschließt, ja solchen Ausweg als die einzige ihm noch verbleibende Rettung begrüßt, dann kann man sicher sein, daß ihn die höhere Notwendigkeit hierzu treibt.

Mit Ausnahme der verhältnismäßig wenigen Großbetriebe bleibt der Zigarettenindustrie ja keine Wahl. Sie kann nicht hoffen, unter denjenigen Verhältnissen, die sich unter neuen Steuerlasten entwickeln werden noch lebensfähig zu bleiben, und sie muß deshalb die Abnahme ihrer Betriebe als das kleinere Übel betrachten. Kann man aber wirklich verlangen, daß Menschen, die sich in solcher Lage befinden, Erwägungen über die „vollständigste wirtschaftliche Nutzen von Staatsmonopolen“ und über den „Segen des freien Wettbewerbs“ anstellen und sich von theoretischen Prinzipien leiten lassen? Wer das fordert, hat sich nie in solche Lage hineingebacht oder er ist unehrlich gegen sich selbst und andere.

Daß die großen Betriebe der Branche einen andern Standpunkt einnehmen, daß sie sicher sind, aus jedem Kampf als Sieger hervorzugehen und jede Belastung überwinden zu können, ist natürlich. Daß sie sich ihre Betriebe daher unter allen Umständen erhalten wollen, nehme ich ihnen gar nicht übel. Und ebensowenig kann ich es der Händlerchaft verdenken, wenn sie in der Furcht, durch ein Zigarettenmonopol benachteiligt zu werden, sich kräftig gegen ein solches ausspricht und der maßgebenden Stellen alle Nachteile, die ihr im Fall aus einer Monopolisierung des Berufsweigs erwachsen würden, in schärfster Form vor Augen führt. Das ist ihr gutes Recht, und es ist auch gar nichts dagegen zu sagen, wenn man auf dieser Seite das, was man lediglich aus reinem Selbstinteresse fordert, in das Gebot volkwirtschaftlicher Tugend selbst und Gesamtinteressen unseres ganzen deutschen Wirtschaftslebens zu schärfen vorgibt. Wer verweigert dem nicht, ist ganz in better Ueberezeugung, das eigene Interesse mit dem der Gesamtheit.

### Der holländische Tabakhandel 1914.

Das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam berichtet über den holländischen Tabakhandel im Jahre 1914 folgendes:

Das Jahr 1914 war für den niederländischen Markt im Tabak günstiger, als man erwartet hatte. Besonders die Pflanzer in Sumatra erlebten eine angenehme Enttäuschung, da die Erwartungen für Sumatra wie für Javaerzeugnisse infolge der ungünstigen Witterung während der Pflanz- und Erntezeit keineswegs hochgepannt waren. Da die Nachfrage nach hellen gleichmäßigen Deckfarben größer war als das Angebot, so machte sich auch feste Stimmung für weniger hellen Tabak bemerkbar. Das endgültige Ergebnis der Sumatraernte stand nur um 9 v. H. unter dem des Vorjahres.

Es wurden 1914 im ganzen 251 688 Pak (zu 75 Kilogramm) gegen 262 921 Pak im Jahre 1913 an Sumatra-Tabak zum Verkauf gestellt; der Durchschnittspreis betrug 127 Cent gegen 136 im Vorjahr, während sich der Gesamtertrag auf 48 800 000 Gulden belief (1913: 59 600 000 Gulden).

Es wurden von der Ernte des Jahres 1913 in den Niederlanden verkauft:

	Pak	Durchschnittspreis in Cent	Gesamtwert in fl.
Deli	101 952	144	22 810 000
Langkat	76 915	182	15 245 000
Erdbang	36 243	115	6 515 000
Babang	15 751	88	2 115 000
Belagati	9 458	86	1 235 000
Katow Bahra	2 797	120	510 000
Mahan	3 567	62	450 000
Battaf Landen	2 143	73	235 000
Pompongsche Distrikte	918	51	70 000
Benkelan	465	20	15 000
Verschiedene Sorten	2 488	28	100 000
<b>Zusammen</b>	<b>251 688</b>	<b>127</b>	<b>48 800 000</b>

Hiervon in Amsterdam 225 892 Pak zu 128 Cent 44 135 000 fl. in Rotterdam 25 796 Pak zu 119 Cent 4 665 000 fl.

Die Javaernte fiel so unbefriedigend aus, daß nicht einmal die Durchschnittsziffer des Vorjahres — die niedrigste in den letzten zehn Jahren — erreicht wurde. Das Verhältnis von hellem Tabak, der sich für Deckblattzwecke eignet, war äußerst ungünstig und konnte nicht dazu beitragen, das Ergebnis der Ernte zu bessern. Der schlechte Auf, welcher der diesjährigen Ernte schon mehrere Monate vorangegangen war, hatte die Fabrikanten veranlaßt, beizeiten ihren Bedarf aus Vorräten, die noch von der vorjährigen Ernte her in den Händen der Händler zu finden waren, zu ergänzen; so kam es, daß der Markt bei seiner Eröffnung für das diesjährige Geschäft eine hohe Zurückhaltung zeigte. Das Endergebnis war jedoch besser, als man erwartet hatte; die neuen Erzeugnisse konnten auf den abgekauften Einschreibungen zu befriedigenden Preisen abgesetzt werden.

An Javalatabak und im Jahre 1914 insgesamt in den Niederlanden verkauft worden:

	Pak	Ernte	Gesamtwert in fl.
In Amsterdam	378 272	1913	14 950 000
In Amsterdam	17 588	1914	650 000
In Rotterdam	118 342	1913	5 740 000
In Rotterdam	7 215	1914	260 000
<b>Zusammen:</b>	<b>522 117 Pak</b>		<b>fl. 21 600 000</b>

Die Borneo-Ernte fiel recht ungünstig aus, ihr Ertrag war der niedrigste seit vielen Jahren. Aus Britisch-Borneo wurden in den Niederlanden im Jahre 1914 nur 14 026 Pak zu durchschnittlich 67 Cent verkauft, was einem Gesamtwert von etwa 1 365 000 Gulden entspricht.

Insgesamt sind mitteln 1914 in den Niederlanden verkauft worden: Sumatratatabak 251 688, Javalatabak 522 117, Borneotatabak 14 026, zusammen: 787 831 Pak gegen 966 526 Pak im Vorjahr.

Von den 787 831 Pak entfielen 635 778 Pak auf den Amsterdamer und 152 053 Pak auf den Rotterdamer Markt.

Hiervon haben gelaufen:

Sorte	Amsterdamer Firmen Pak	Andere niederländische Firmen Pak	Ausländische Firmen Pak
Sumatra	126 244	83 081	42 863
Borneo	5 597	5 500	2 929
Java	242 977	131 692	147 448
<b>Zusammen:</b>	<b>374 818</b>	<b>220 273</b>	<b>192 740</b>

Die nachstehende Tabelle enthält eine Uebersicht der gesamten Tabakeinfuhr sowie der Verkäufe während des Jahres 1914 und der Vorräte am Ende desselben:

	Sumatra	Borneo	Java
Vorrat 1. Januar 1914	16 643	—	13 808
Zufuhr 1914	209 249	14 026	391 170
<b>Zusammen</b>	<b>225 892</b>	<b>14 026</b>	<b>404 978</b>
Verkauf 1914	225 892	14 026	395 860
Vorrat Ende Dez. 1914	—	—	9 118
<b>Rotterdam:</b>			
Vorrat 1. Januar 1914	—	—	8 849
Zufuhr 1914	25 796	—	142 542
<b>Zusammen</b>	<b>25 796</b>	<b>—</b>	<b>151 391</b>
Verkauf 1914	25 796	—	126 257
Vorrat Ende Dez. 1914	—	—	25 134
<b>Amsterdam:</b>			
Vorrat 1. Januar 1914	—	—	—
Zufuhr 1914	1 574	200	1 000
<b>Zusammen</b>	<b>1 574</b>	<b>200</b>	<b>1 000</b>
Verkauf 1914	374	200	1 000
Vorrat Ende Dez. 1914	600	—	—
<b>Rotterdam:</b>			
Vorrat 1. Januar 1914	—	—	—
Zufuhr 1914	334	50	2 240
<b>Zusammen</b>	<b>334</b>	<b>50</b>	<b>2 240</b>
Verkauf 1914	334	50	2 440
Vorrat Ende Dez. 1914	—	—	—

### Die Freizügigkeit der Tabakarbeiter.

Schon wieder müssen wir berichten, daß in die Freiheit, den Arbeitsplatz zu wechseln, ein unberechtigter Eingriff stattgefunden hat. Die Zigarettenarbeiterin M. löste nach ordnungsmäßiger Kündigung ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma R., Filiale in A. in Unterbaden, und ging im gleichen Ort bei der Firma K. an. Als die Kollegin M. bei der Firma K. bereits fünf Wochen arbeitete, wurde sie von ihrem vorherigen Arbeitgeber zurückverlangt. Nach zweimaliger Aufforderung entließ die Firma K. denn auch die Kollegin wieder. Da sie nun bei der ersten Firma nicht wieder anfangen wollte, aber bei irgend einer andern Firma, obgleich Zigaretten sehr notwendig gebraucht werden, keine Arbeit erhielt, war sie somit brotlos. Da die Kollegin M. im Gewerbeverein organisiert war, wandte sie sich dessen Leitung mit einem Schreiben, in welchem die Forderung auf Entschädigung erhoben war, an die erste Firma. Daraufhin traf folgendes Schreiben der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen, Bezirk V (Mannheim) ein:

Die Firma J. K. in M. übergibt uns Ihren Brief vom 15. d. M. zur Erlebigung.

Wir möchten dazu nur bemerken, daß die Arbeiterin K. M. keine Stunde ohne Arbeit gewesen wäre, wenn sie sofort in den Betrieb der Firma K. zurückgekehrt sein würde. Im übrigen machen wir Sie auf den Gehalt des stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armee-Korps aufmerksam, der wie folgt lautet:

„Die für das Meer und die Marine liegenden Fabriken müssen jetzt alle Kräfte aufbieten, um den großen Anforderungen zu genügen. Jeder Arbeiter muß sich bewußt sein, wieviel von seiner Arbeit in der Fabrik abhängt und wie sehr er das Vaterland schädigt, wenn er die Arbeit in der Fabrik niederlegt. Bei fortwährendem Arbeiterwechsel können die Fabriken die bringenden Aufträge nicht rechtzeitig erledigen.“

Wir wollen bemerken, daß beide Firmen Kriegslieferungen haben, so daß ein Wechsel des Arbeitsplatzes in diesem Falle die Kriegslieferung also nicht beeinträchtigt. Allerdings hat die Zentrale für Kriegslieferung nach ihrem Schreiben schließlich nicht darauf bestanden, daß die Kollegin M. wieder zu der ersten Firma zurückkehren sollte. Dazu lag auch eine rechtliche Möglichkeit durchaus nicht vor. Die Verfügung des Generalkommandos des 14. Armee-Korps brüht nur den Wunsch aus, die Arbeitskräfte nicht ohne Not zu wechseln. Außerdem gilt die Gewerbeordnung bis jetzt noch, so daß das Rechtsverhältnis in

Diesen Sachen durch den Krieg nicht gestört ist. Da die Kollegien zu unrecht entlassen worden sind und trotz Bemühungen eine Beurlaubung keine Arbeit erhielt, ist sie zum Schadenersatzanspruch berechtigt, den sie freilich bei der zweiten Firma nur geltend machen kann. Der Schadenersatzanspruch wird dadurch nicht hinfällig, daß sie bei der ersten Firma wieder anfangen konnte. Das hatte sie nicht nötig. Unter allen Umständen aber protestieren wir gegen die Unterbindung der freien Wahl des Arbeitsplatzes.

## Der Arbeitsnachweis im Gau Herford.

Im Jahre 1913 faßte eine Konferenz unseres Gaues den Beschluß, alle Arbeitsnachweise im Gau, soweit sie nach außerhalb Arbeit vermitteln, aufzuheben und die ganze Arbeitsvermittlung in die Hand der Gauleitung zu vereinigen. Die Gründe, welche diesen Beschluß zeitigten, brauche ich wohl nicht darzulegen. Der Arbeitsnachweis, der bis dahin im Gau fast ganz ohne Bedeutung war, hat dadurch sehr gewonnen. Ein großer Teil der Stellenvermittlung kommt dadurch zustande, daß der Gauleiter durch den persönlichen Verkehr in den einzelnen Orten auch ohne Meldung Kenntnis über offene Stellen und vorhandene Arbeitslose erhält.

Im Jahre 1915 wurden offene Stellen gemeldet 149 ganz bedeutend erhöht. Von der Meldung direkt Arbeitstüchtiger kann nur in wenigen Fällen die Rede sein. Meistens meldeten sich Kollegen auf Gesuche im Tabak-Arbeiter, welche eine bessere Stellung, als die innehabende, erlangen wollten. Auch waren Fälle, wo hohes Kostgeld die Kollegen zur Arbeitsaufnahme und zum Ortswechsel veranlaßte.

Im Jahre 1916 wurden offene Stellen gemeldet 149 (davon 25 Sortierer), Arbeitstüchtige meldeten sich 56. Davon nahmen die nachgewiesene Arbeit an 53. Es wurden also 96 offene Stellen nicht besetzt, weil kein Angebot von Arbeitskräften vorhanden war. Wenn man nun bedenkt, daß es sich bei den gemeldeten offenen Stellen in den meisten Fällen um die besten Arbeitsplätze, zum großen Teil um Tarifarbeit handelt, so bedeutet es, daß hier gute Arbeit liegen bleibt, während viele Tausende von Tabakarbeitern unter den allerträurigsten Bedingungen arbeiten. Es bedeutet, daß Fabrikanten, welche unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen produzieren, Waren auf den Markt bringen, während für bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitskräfte fehlen. Wie im Gau Herford, so wird es in den übrigen Gauen ähnlich sein. Der Arbeitsnachweis wird in Zukunft noch größere Bedeutung erlangen. Aufgabe aller Kollegen im Gau muß es sein, durch Benutzung desselben mit dazu zu helfen. W. Schlichter.

betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 85,1 Prozent Angriffstreiks, 517 = 86,7 Prozent Abwehrstreiks und 116 = 8,2 Prozent Ausperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bezw. 8,4 Prozent erhöhte, ging der der Ausperrungen von 16,4 auf 8,2 Prozent zurück. Von den an der Arbeitszeiterkürzung beteiligten Personen kamen 88 948 auf die Angriffstreiks, 29 828 auf die Abwehrstreiks und 27 912 auf die Ausperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Ausperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Prozent mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 198 = 13,9 Prozent mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 894 = 28 Prozent mit 93 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo deren nur 19,5 Proz. erfolglos blieben, während 88,8 Proz. erfolgreich und 16,8 Proz. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichsten Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 4 788 478 M. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Bauergewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Ausperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 825 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Ausperrung war ein Angriffstreik in Forst. Die Ausperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Stein- und Eisenarbeiter in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenden Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeiterkürzung von insgesamt 24 760 Stunden pro Woche, für 33 862 Personen eine Lohnverbesserung von insgesamt 73 887 M. pro Woche und für 21 237 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1182 Personen eine Arbeitszeiterkürzung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 388 Personen eine Lohnverbesserung von insgesamt 29 938 M. pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 23 454 Personen.

Der Krieg hat manche Anschauungen über den Haufen geworfen und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit, Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen. Der Ausweg dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Opfern sich vollziehen als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Reaktionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

## Arbeit und Lied.

Ueber "Arbeit und Lied" schreibt in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung, Nr. 3, S. 2. einen interessanten Artikel, den wir deshalb zum Abdruck bringen, weil auch in der Tabakindustrie, vor allem in der Zigarrenbranche, Arbeit und Lied in wechselseitiger Verbindung stehen. Vielfach wird bei der Arbeit gejauchet, und wenn es auch nicht möglich ist, Arbeit und Lied bei uns in rhythmischen Gleichschritt zu bringen, so ist doch der Einfluß des Liedes auf die Arbeitsfähigkeit unverkennbar, indem die Ermügelkeit gefördert wird. Uns ist aufgefallen, daß der gemeinsame Gesang meistens in der Zeit gegen Abend gepflegt wird; ob das nun seinen Grund in der weicheren Stimmung, die der Abend uns gibt, hat, oder ob es aus dem Bedürfnis heraus geschieht, die schlaffer werdenden Muskeln und Nerven anzuregen, mögen wir nicht entscheiden. Möglich auch, daß beides in Frage kommt. Wir haben die gleiche Beobachtung in kleinen und großen Betrieben gemacht. Uebrigens läßt sich ein interessantes Kapitel über Gesang und Singen bei der Arbeit in Zigarrenfabriken schreiben. Jetzt ist jedoch nicht die Gelegenheit dazu. Heute wollen wir erst einmal den obengenannten Artikel wiedergeben. Er lautet:

Warum kommt es uns nicht mehr in den Sinn, bei der Arbeit zu singen? Warum ist unser Leben so arm an erfreulichen, erfreuenden Arbeitsgesängen geworden? So wird oft voll Bitterkeit gefragt, und es erhebt sich dann wohl schwere Klage gegen ein Arbeitssystem, das der Pflege des Gesanges schiel zusehen würde, wenn überhaupt der Versuch gemacht würde, wieder etwas von dem kostbaren Reichtum zu heben, der in schier unzähliger Fülle in alten Lieberbüchern vergraben ist. Jezen hort von Arbeitsgesängen, die das Volk in gemeinsamer Arbeit einst schuf und pflegte. Unsere deutschen Volksliedsammlungen, wie wir sie, abgesehen von guten neueren Erscheinungen, in Herbers "Stimmen der Völker" in "Des Knaben Wunderhorn" und bei Rochus von Sillencron, Uhland und Erd-Böhme besitzen, bergen einen ungeheuren Schatz von Arbeiter- und Handwerkerliedern, der heute verjährt, aus dem Leben verschwunden ist. Nur in dem auch immer mehr aus der Großstadt entfliehenden alten Kinderlied, in den Kinderkreisläufen und Reigen lebt noch so eine oder die andere Spur. Spiele vom Bäckerleintick, tick tack, von den Wäscherinnen, Schuster- und Müllerspiel und ähnliche erinnern an die Zeit, wo eigentlich alle Handwerker ihr eigenes Lied hatten. Aus herrlichen alten Spinner- und Weberliedern erklingt uns der Rhythmus des surrenden Räderchens, des schlagenden Webstuhls. Kelterlieder, Schaffnerlieder, Butterlieder und Meißlieder erinnern uns an gemeinsame ländliche Arbeiten. Schneiderlieder — meist witzige — und prachtvoll kräftige Schmiedlieder in padendem, charakteristischem Takt, Müllerlieder, Hohenlied und viele andere mehr zeigen, daß auch der schweren Männerarbeit der Gesang nicht fremd war.

Und wir brauchen gar nicht auf die Zeugnisse der Vergangenheit zurückzugreifen, um wahrzunehmen, daß unter andern Arbeitsbedingungen, andern Kulturverhältnissen gesellige Arbeit zum gemeinsamen Gesang anregt. Auch heute berichten Forscher und Reisende von primitiveren und Naturvölkern aller Erdteile, daß sie den Arbeitsgesang nicht nur üben und pflegen, sondern daß hier auch ein lebendiger Quell kommt, von dem sich die

neue schaffender Volkspoesie. Negglerreisende schildern die wunderbare Stimmung, die die Ruderer der Mischiffen bei dem Fremden hervorrufen, die Wasserträgerinnen lieber vom Ganges sind von großer poetischer Schönheit, auf den chinesischen Teeselbren erklingt das Lied der Pfänderinnen. In manchen Gegenden Afrikas mahlen die Frauen das Getreide auf Handmühlen unter ständigem Singen. Fast übereinstimmend erzählen die Forscher, daß die einfachen Sänger und Sängerinnen oft Wort und Weise unmittelbar neu schaffen, während sie sie singen und vortragen. Ja, Karl Bücher, der Leipziger Gelehrte, der diesem Gebiet von "Arbeit und Rhythmus" seine Lebensarbeit gewidmet und sie in einem Buch dieses Titels niederlegte, zieht aus seinen Forschungen der Vergangenheit und den Berichten solcher Weltreisenden den Schluß, daß die erste Kunstbetätigung der Menschen der Arbeitsgesang war und bei den Naturvölkern heute noch ist. Und aus diesem Arbeitsgesang, der der reinen Wortkunst, d. h. Dichtkunst, und der reinen Tonkunst, d. h. Gesangskunst, voranging, haben sich erst allmählich die Künste unabhängig, getrennt voneinander, entwickelt. Und so ist also aus der Arbeit die Kunst hervorgegangen. Die Arbeit, die die Menschen erst eigentlich zur Gestattung und zur Kultur geführt, sie war auch, nicht irgend eine plötzliche höhere Offenbarung, die Lehrerin des geregelten Taktes und damit des geformten Ausdrucks und damit denn auch der Kunst überhaupt.

Und hier nun liegen die tieferen Ursachen dafür, daß Arbeit und Gesang nicht mehr eine, durch das Band des Arbeiterrhythmus verbundene untrennbare Einheit bilden können. Die Schülerin ist der Lehrerin über den Kopf gewachsen, die Musik hat sich über die im Gleichschritt wiederkehrenden Arbeiterrhythmen hinaus zu eigenem, vielgestaltigerem Leben entwickelt. Die Dichtkunst hat sich in die Kunstformen der erzählenden, der lyrischen, der dramatischen Künste zu feingliedrigeren Organismen ausgewachsen. Und ist dies auch beides noch nicht Grund genug dafür, daß auch der aus der Arbeit entstandene Gesang nicht mehr gepflegt wird, so ist doch der viel wichtigere der, daß die Lehrerin selbst, die Arbeit, zu anderen Methoden sich entwickelt hat. Die mühseligen und langwierigen Arbeitsprozesse, die heute die Maschinen übernommen haben, hatten früher als ihre Kraftquelle nur die menschliche Muskelkraft. Was heute Dampf, Elektrizität und andere mechanische Kräfte schaffen, das hatten früher Körper, Arme, Hände, Füße zu leisten. Im Auf und Ab, im Hin und Her, im Vor und Zurück der körperlichen Bewegungen leitete der menschliche Wille, was an Stoß, Druck, Heben, Ziehen, Schlagen, Werfen, Drehen usw. zu leisten war. Heute besorgt die mechanische Kraft diese Arbeit. Dauer und Schnelligkeit der Bewegung ist dem menschlichen Willen entzogen, der Mensch hat, wo er in den Prozeß eingreift, sich darin der Gesetzmäßigkeit des arbeitenden Werkzeugs zu unterwerfen. Er schafft diese Gesetzmäßigkeit der Dauer nicht selbst. Umgekehrt bei der primitiven Arbeitsweise. Da war der Mensch nicht an den toten und doch so gefährlich mitleidlosen Gang des Mechanismus gebunden. Da aber jede taumelnde, regelmäßige Aufeinanderfolge von Bewegungen leichter ist als eine unregelmäßige, weil diese nämlich immer wieder eines neuen Willensantriebes bedarf, so gab sich der arbeitende Mensch selbst eine Gesetzmäßigkeit des Verlaufs, er regelte seine Bewegungen im Arbeiterrhythmus. Und wo die gemeinsame Arbeit der gemeinsamen, rhythmischen Regelung bedurfte, wie es bei einem gemeinsamen Zuschlagen, Fauziehen oder Hämmern heute auch bei uns noch jederzeit beobachtet werden kann, da gab ein Auf wie ho, ho, he und ähnliches das Signal zum gemeinsamen höchsten Kraftaufwand. Und wo es sich mehr um langwierige Verrichtungen handelte, war gemeinsamer Gesang das Mittel, einen gleichförmig arbeitenden Organismus aus einer Vielzahl von arbeitenden Menschen zu machen. Das wirkte anfeuernd auf die Trägen, das bannte die ungestimmten in ihren Bewegungen Wirrenden und Abschwelgenden an den Arbeiterrhythmus der Gesamtheit. So war und ist es gar nicht immer nur Sangesfreude gewesen, sondern ein nüchternes ökonomischer, d. h. ein Arbeiterrhythmus und Zeit sparender Grundsatz, der Chorführer und Vorsänger bei ihrem Beginnen leitete. Ein englischer Reisender erzählt von den Neuseeländern: "Wer die Gefänge ihrer Matrosen beim Entladen eines Schiffes oder beim gemeinsamen Ziehen an einem Tau gehört hat, wird die Art, wie sie gesungen werden, verstehen. Je nachdem schwere oder leichte Lasten zu ziehen sind, bewegen sich die Gefänge in verschiedenem Zeitmaß. Wird bergan geschleppt, so wird der Vers aus langen Worten gebildet. Ist das Hindernis aber überwunden, sind die Bewegungen freier und rascher, wird ein anderer Takt aus einer Folge kurzer Silben gebildet." Während der Atempause der Arbeiter singt dann z. B. der Vorsänger: "Seh weiter, Rimu" (Name eines Baumes). Alle singen: "Wunter, Lente!" "Seh weiter, Lotara." Alle: "Ein langer Zug." "Galtet den Weg ein." "Racht Blag." "Schwinget die Art." "Das Feuersteinkind" usw. Der französische Kommandant Guyon erzählte, wie die Franzosen den beim Bau ihrer Eisenbahnen in Tunis beschäftigten schwarzen Eingeborenen Spielzeuge beigaben, damit die grabenden und schaufelnden Erdbarbeiter besser arbeiteten. Und dabei entstanden die drolligsten Lieder auf die künftige Eisenbahn. Freilich über diesen rein praktischen Zweck hinaus waren und sind gemeinsame Arbeitsgesänge ja auch eine Erhöhung des Gemeinschaftsgefühls und daher erfreuend und beglückend. Aber immerhin darf, wer über die Flucht des Gesanges aus der modernen Arbeitsstätte klagt, nicht vergessen, was für ein wichtiger Antrieb für den Gesang war, als das Handwerk sich immer berufsmäßiger gestaltete, die Instrumente sich vervollkommneten und der Anteil des Menschen an seiner Arbeit immer mehr geistige Anstrengung und Aufmerksamkeit erforderte.

Wohl ist damit die Welt der Arbeit nüchterner geworden. Wie sie auch nüchterner wurde, als sie von Heim und Haus hinweg in die Fabriken überging. Aber jenen wir es bedauern? Wollen wir die Entwicklung je zurück-schrauben? Wohl schwerlich. Wohl hat die Arbeit sich vom Spielzeug des Menschen losgelöst und ist vom Leben

Hinaus in Werkstatt und Fabrik getreten, aber wir wissen, daß sie dafür auch neue Kulturwerte schuf und daß sie darum das Heim nicht zu verlassen brauchte. Und so kann und muß auch Gesang und Dichtung, wo sie nicht mehr unmittelbar mit der Arbeit verbunden sind, eben im Heim und bei Festen, nur noch Freude, nur noch Erhebung, also erst eigentlich reine Kunst sein.

In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engel- ufer 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 S an freundliche und reinliche Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit 1,50 M, Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 S zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesi- scher Bahnhof und Görlitzer Bahnhof. Entfernung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Viertelstunde. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshaus hin.

### Verbandsteil.

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32 — Telephonamt Roland 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einheits- und Werklungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32 — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß- einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Strauß, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Heber, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an 2. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Zur Beachtung für Gauleiter und Bevollmächtigte. Bei Benutzung des Telefons ist in Zukunft stets das Amt mit anzugeben. Der Anruf ist: Amt „Roland“ Nr. 6046.

### Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Uppda, das Mitgliedsbuch S II. 22 141, lautend auf Fritz Schwiager aus Schwabe, eingetr. am 24. Juli 1915. (S. 64, S. 16.)

Um Angabe des Aufenthalts wird ersucht von: Zigarrenarbeiter Leopold Zingler aus Gmshausen, aufgen. am 1. 5. 07. Buch S II. 53 272, und der Wickelmacherin Anna Zwiener, verehel. Zingler, aus Langenbiefen, aufgen. am 8. 12. 13. Buch S II. 62 865. Die Bücher dieser beiden Mitglieder sind umgehend an den Vorstand einzuschicken. (S. 61, S. 16.)

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, V. = Unfallkasse):

22. Januar: Balhof B. 50,— 25. Warndorf B. 60,— 28. Kahden B. 50,— Blasheim B. 22,25, Neufreistadt B. 25,— 29. Hünne B. 100,— Bergedorf B. 70,— Uslar B. 30,— 30. Brafe in Spitze B. 80,— Viehich B. 100,— Briga B. 150,— 31. Alfeld B. 10,— Ehrmann B. 170,— Nijm B. 100,— Spandau B. 50,— Grevesmühlen B. 40,— Witz i. B. B. 30,— Alzinal-nerode B. 74,— Walbheim B. 300,— Fintterwalde B. 300,— Jauer B. 30,— 1. Februar: Wörlitz B. 260,— Schmöln B. 200,— Osterode a. S. B. 50,— Dresden B. 1000,— Reudamm B. 16,79,— 2. 2. Min- den B. 150,— 3. Bremen B. 250,— 4. Spremberg B. 100,— Frankfurt a. M. B. 100,—

Bremen, den 7. Febr. 1916. W. Nieder-Welland.

Abrechnungen vom 4. Quartal gingen bis zum 8. Februar hter ein:

1. Gau, Hamburg: Neuhans; 2. Gau, Hannover: Gertrode, Deffau; 4. Gau, Erford: Böhm, Preuß.-Oldendorf, Bünde, Duis- burg; 7. Gau, Wschaffenburg: Straßburg, Edingen; 8. Gau, Karls- ruhe: Elgersweier; 11. Gau, Breslau: Altwasser; 12. Gau, Berlin: Berlin.

**Kollegen und Kolleginnen!**  
Haltet auch in dieser schweren  
Zeit treu zu eurer Organisation!

### Adressen-Änderungen.

Göthen (2): Alle Zuschriften sind an Martha Glange, Doktor Frause, Straße 50, zu senden.  
Schöne (10): 1. Bev. Paul Reil, Fortstr. 87; 2. Bev. Max Fider, Seidenheim (8): 1. Bev. Johs. Koch, Mattheimerstr. 43.  
Gelmstedt (2): 1. Bev. Wust, Dufamp, Kosmarienstr. 25; 2. Bev. Otto Köhler, Holzberg 25.

### Gestorben:

Gestorben am 25. Januar in Frankreich der Zigarrenarbeiter Friedrich Emil Klinger aus Leisnig, 30 Jahre alt (Zahlstelle Leisnig).

Am 22. Januar starb zu Dresden die Zigarettenarbeiterin Ida Röhling aus Gottheils-Friedrichsgrund, 64 Jahre alt.

Am 2. Februar starb zu Denben der Zigarrenarbeiter August Vobe aus Nordhausen, 67 Jahre alt.

Am 5. Februar starb zu Lemgo der Zigarrenarbeiter August Schaaf aus Dasselborf, 62 Jahre alt.

In Seesen starb der Zigarrenarbeiter August Meine, 69 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
**Trusffrei**  
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

**Größtes Wickelformenlager Deutschlands**  
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER  
**L. COHN & CO.**  
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.  
Verlangen Sie sofort kostenlos  
Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster etc.

**Carl Roland, Berlin SO**  
Kottbuserstrasse 4  
Samatra-Tabako  
pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.  
Vorstanlanden-Decken  
pr. Pfd. 2.70, 3.60 M.  
Java-Umblatt... pr. Pfd. 2.— M.  
Brasil Ia... pr. Pfd. 2.40, 2.90 M.  
Havana Ia... pr. Pfd. 4.— M.  
Mexiko-Decke Ia pr. Pfd. 5.— M.  
Vereinsweiser Anfarbeiter  
größtartig, potter Brand 1.70 M.

**Leon Weil, Speyer**  
Exp. 102 Rohtabake handl. u.  
Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.).  
Spezialofferte: Ia reife, leichtkändige Java-Umblätter (Slamat 1915) und Einlagen (beste Qualität) von M. 2.10 bis M. 2.45. Rfppenabnahme zu den höchsten Tagespreisen.

**Hugo Müller, Rohtabak**  
Bremen, Bornstraße 38.  
Fernsprecher: Roland 6252.  
Brasil St. Felix-Decker, weißer Brand, 2.70 u. 2.90 M. Dorken- land-Decker, auch Linsroller Ia, 3.20 u. 3.60 M., humel, Brasil- Erjab, 1. Länge, 3.20 M., 2. Länge 2.80 M. Gezeichnete Zigarren- Einlagen 1.60 u. 1.70 M. Java- Einlage 1.80 M., per 1/2 kg. Losgut 1.85 M.  
Versand unter Nachnahme.

**Achtung! Rohtabak!**  
**Hengloss & Maak**  
Altona - Ottensen  
Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

**Rohtabakhandlung**  
kauft bei Aufgabe der Fabri- kation u. Tabake und Uten- silien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Chiffre N. 100. Exp. d. Bl.  
**Gelesene Tabak-Arbeiter**  
bilden ein vorzügliches Agitations- mittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

**Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!**

**Neue direkte Einkäufe geschlossener Partien in der  
Einschreibung vom 14. Januar d. J. in Amsterdam:**

<b>Java Umblatt:</b>	Partie	195	Packen	B/Djalie/KP/A
"	"	125	"	AK/A
"	"	68	"	AK/Poetj/Aroem/Pasirian
<b>Java Aufarbeiter:</b>	"	263	"	SHCM/HS
"	"	168	"	Tambo/RB/Kawi
"	"	180	"	" /Goentor
<b>Venezuela:</b>	"	41	"	MF
"	"	59	"	"

**8 Partien mit 1099 Packen**  
**Fordern Sie Bemusterungen**

**Heinrich Franck, Berlin N 54**  
Robtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken